

antwortungslos. Auflösung und Spaltung der Partei sollten deshalb für uns nicht in Frage kommen. *(Beifall)*

Drittens wurden wir von vielen Arbeitern gefragt: Wie stehen wir zum Leistungsprinzip? Ganz kurz der Standpunkt: Die ökonomischen Gegebenheiten zwingen zur konsequenten Durchführung des Leistungsprinzips. Damit muß schon heute begonnen werden. Gerade unsere Partei muß sich aber dafür stark machen, daß dabei die soziale Sicherheit, die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert bleibt und die Kranken, Leistungsunfähigen und Lebensuntüchtigen in einer Solidargemeinschaft nicht untergehen. *(Beifall)*

Die Besonderheiten in der für uns alle lebenswichtigen landwirtschaftlichen Produktion dürfen zu keinem Zeitpunkt unbeachtet bleiben.

Viertens, wie stehen wir zu den Kampfgruppen der Arbeiterklasse? Entgegen vielfach erhobener Behauptungen unterstehen sie nicht der Partei, sondern dem Minister des Innern. Wir können deshalb nur einen Vorschlag unterbreiten. Wir anerkennen den Beitrag der Mitglieder, die jahrelang ihre Freizeit für die Ausbildung geopfert haben, um ihren Auftrag zum Schutz der Betriebe zu erfüllen. Wenn man jedoch an die Gründungsmotive denkt, wird deutlich, daß sie nicht mehr zeitgemäß sind. Wir sind deshalb für ihre Auflösung und bitten die Mitglieder, sich in unbewaffnete Formationen zum Schutz unserer Menschen und des sich entwickelnden demokratischen Staates einzugliedern.⁹⁴ *(Beifall)*

Fünftens, wie stehen wir zum Amt für Nationale Sicherheit? Es gilt festzustellen, daß es neben berechtigten und notwendigen Aufgabenstellungen des Ministeriums für Staatssicherheit z. B. zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und zur Abwehr wirklicher Staatsverbrechen, zum Schutz der Volkswirtschaft und anderer Einrichtungen, zur Aufklärung auch Aufgabenstellungen gab, die unvertretbar sind und die erklären, wie es zur gegenwärtigen demonstrativen Ablehnung dieser Einrichtung kommt. Diese Aufgabenstellung umfaßte die Abwehr der ideologischen Diversion. Da diese nach den vorgegebenen Maßstäben über Funk und Fernsehen faktisch in jedem Haushalt stattfindet, mußte dies zu einer flächendeckenden Tätigkeit führen, die die Menschen als Bespitzelung empfanden. Die große Macht dieser Einrichtung führte bei einem Teil ihrer Mitarbeiter auch zu einem entsprechenden Auftreten. Ferner übernahm das Ministerium auch die persönliche und materielle Fürsorge für die Parteiführung, wofür es meines Erachtens keine staatliche Tätigkeit hätte geben dürfen.

Beachtet werden muß jedoch, daß diese Aufgabenstellungen keine Idee der Mitarbeiter war, sondern eine Entscheidung der Parteiführung, die deshalb auch die Verantwortung für die dort entstandene Lage trägt. *(Beifall)*

Im Ministerium für Staatssicherheit gab es ebenfalls Fälle von Amtsmissbrauch und andere Ungesetzlichkeiten – zumindest besteht der Verdacht –, die

94 Am 6. Dezember 1989 hatte DDR-Innenminister Lothar Ahrendt die Entwaffnung der Kampfgruppen verfügt. Am 14. Dezember 1989 faßte der DDR-Ministerrat den Beschluß, die Tätigkeit der Kampfgruppen vollständig einzustellen.